

Verlauf der aktuellen Wirtschaftskrise

In diesem Teil solle die TeilnehmerInnen kurz an die Fakten erinnert werden. Er soll auf die in Folie 29 gestellte Frage nach den Gründen für die tiefgehende Wirkung einer Krise in einem Teilbereich der Wirtschaft hinführen und so die im vorgehenden Teil dargestellten Grundtendenzen erläutert werden. Zur Vorbereitung kann man sich auf im Internet verfügbare Chroniken zur Krise stützen, z.B. unter:
<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=19547>

Wie haben sich die eben beschriebenen Ursachen und Hintergründe der Krise nun im konkreten Krisenverlauf gezeigt?

Verlauf der aktuellen Krise

- Bricht zuerst auf dem Immobilienmarkt aus (Subprime-Krise, Hypothekenkrise)
- erfasst dann das Bankensystem (Finanzkrise)
- Nachfrageeinbruch und Kreditkrise führen zu Krise in Produktion und Dienstleistungen (Wirtschaftskrise)
- Beschleunigung von Konzentrationsprozessen

Rosa-Luxemburg-Stiftung April 2009 26

Folie 26

Die aktuelle Wirtschaftskrise bricht im Jahr 2007 als Finanzkrise (*siehe Folie 11*) auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt aus. Viele, wenn nicht gar die meisten Wirtschaftskrisen der Vergangenheit begannen als Finanzkrisen.

Ein Auslöser der aktuellen Krise war, dass in den USA in erheblichem Maße Baukredite (Hypothekendarlehn), die an Privatkunden mit nur mäßiger Zahlungsfähigkeit vergeben wurden (Subprime-Kredite, also Kredite „zweitrangiger Qualität“), von diesen nun nicht mehr bezahlt werden konnten. Hintergrund dieser Entwicklung war der Versuch der Finanzunternehmen, für die wachsenden Geldvermögen Anlagemöglichkeiten zu schaffen und so die Ansprüche der Kundschaft zu befriedigen. (*vgl. Text zu Folie 20-25*) In diesem Kampf um Marktanteile haben Unternehmen Kredite an Menschen vergeben, die sich eigentlich einen Hausbau nicht leisten können. Entweder, sie waren von vornherein dazu nicht fähig, oder sie sind durch kleinste Veränderungen ihrer Lebensverhältnisse zahlungsunfähig geworden. Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, Krankheit können dafür Ursache sein. Wenn dies im Einzelfall geschieht, ist das durch die Unternehmen zu verkraften – wenn dies massenhaft der Fall ist, wird es zum Problem. Die Geschäftspolitik der Banken und Finanzunternehmen in den USA nahm immer mehr spekulativen Charakter an und orientierte sich außerdem nicht an den Veränderungen, die sich in den USA in den letzten Jahrzehnten abgespielt haben: die wachsende Schere in der Einkommensverteilung, nicht zuletzt durch Wirtschaftspolitik unterstützt, wurde unterschätzt. So stand hinter der Kreditkrise ein Überangebot an Wohnraum relativ zur kauffähigen Nachfrage.

Die Krise wird also durch das Zusammenfallen zweier Faktoren ausgelöst – der spekulative Ausweitung des Konsumentenkredites im Immobiliensektor auf der einen Seite und der auf Umverteilungsprozessen beruhenden Überakkumulation von Geldkapital auf der anderen Seite.

Die Finanzunternehmen haben das Geld für die Finanzierung der Kredite zum Bau der Häuser nun selbst nur geborgt, in Erwartung der Rückzahlungen und der Zinsen. Entweder, sie haben selbst Kredite aufgenommen oder sie haben die Einlagen ihrer KundInnen, seien es milliardenschwere Investoren oder KleinsparerInnen, in diese unsicheren Kredite verwandelt. Sie haben ihr Vertriebssystem zu finanzieren, Zinsen zu zahlen usw. An einem bestimmten Punkt kommt zu wenig Geld aus den Rückzahlungen und Zinseinnahmen in die Kassen, um die eigenen Kredite und sonstigen Verbindlichkeiten zu bedienen.

Damit sind dann nicht mehr nur die Unternehmen betroffen, die die Kredite ausgegeben haben, sondern auch andere Unternehmen, vor allem Banken, die ihrerseits die Aktivitäten ersterer kreditiert haben. Dieser Prozess spielte sich in den Jahren 2007/2008 ab. Die Hypothekenkrise weitete sich zu einer Bankenkrise aus.

Kennzeichen und Besonderheit des Verlaufes der Krise wurde in dieser Phase vor allem dadurch hervorgerufen, dass die Kreditbeziehungen selber durch die Praxis der „Verbriefung“ komplexer geworden waren. Hier liegt der Grund für die lawinenartige Entwicklung. Kredite wurden „verbrieft“ und so in „Forderungsbesicherte Wertpapiere“ (ABS – asset-backed security) verwandelt, die an Investoren verkauft wurden.

Was heißt es, dass Kredite „verbrieft“ werden? Wie kann man überhaupt mit Krediten Handel treiben?

Verbriefung bedeutet hier, dass Wertpapiere geschaffen werden, die durch eine Bündelung von Kreditverträgen bzw. anderen Wertpapieren besichert sind. Das bedeutet, dass bei Zahlungsunfähigkeit des Emittenten des Wertpapiers die Käufer ihre Ansprüche durch Zugriff auf diese Sicherheiten befriedigen können. Sehr verkürzt könnte man sagen, dass Verbriefung die Zusammenfassung von verschiedenen Kreditverträgen oder Wertpapieren in einem neuen Wertpapier bedeutet.

Die verschiedenen Arten dieser Papiere unterscheiden sich nach den Typen der Kreditverträge, auf die sie sich stützen:

ABS Asset-Backed Securities sind forderungsbesicherte Anleihen. Unternehmen verkaufen einen Teil ihrer Forderungen an eine eigens für dieses Finanzierungsmodell gegründete Tochter. Sie refinanziert sich durch die Ausgabe von ABS.

RMBS Residential Mortgage-Backed Securities - Verbriefte Wohnungsimmobilienkredite

CMBS Commercial Mortgage-Backed Securities - Verbriefte Gewerbeimmobiliendarlehen

CDO Collateralized Debt Obligations - Investmentpools, die in Kreditportfolios (also einen Korb von Krediten verschiedener Art) investieren.

CDS Credit Default Swaps oder Kreditderivate nutzen Banken, um sich gegen Kreditausfälle abzusichern.

Eine genaue Definition der einzelnen Typen ist nicht sinnvoll und auch kaum möglich – das sollte auch so gesagt werden. Wichtig ist, das Prinzip zu verstehen! Die Unterschiede

zwischen den einzelnen „Produkten“ ist technischer Natur und verändert das Wesen und ihre letzte ökonomische Funktionsweise nicht. (siehe auch Folie 30)

Die Entwicklung der „innovativen Finanzmarktprodukte“ überhaupt war von zwei Zielen bestimmt: Erstens ging es darum, nach der Vergabe von Krediten *schneller wieder an Geld zu kommen*, und zweitens, das *Risiko* aus der Kreditvergabe (also *Verluste durch Zahlungsunfähigkeit der SchuldnerInnen*) bzw. aus dem Investment in einzelne Wertpapiere zu *verringern*. Beides waren und sind Möglichkeiten einer schnelleren Verwandlung von Geldvermögen in Kapital durch die Erzielung hoher und scheinbar sicherer Zinseinnahmen (Rendite).

Das in Krediten vergebene Geld fließt ja eigentlich über einen langen Zeitraum zurück. Theoretisch kann der Kreditgeber in dieser Zeit über sein verliehenes Geld ja nicht verfügen. Er muss sich mit den Zinsen und den eingehenden Tilgungen begnügen. Es war daher schon lange üblich, Forderungen zu verkaufen (Factoring). Ein Unternehmen, in dem hier betrachteten Falle also das kreditgebende Unternehmen (1), verkauft seine Forderung (sein Recht auf Zins und Tilgung) gegenüber dem Schuldner an ein anderes Unternehmen (2). Der Preis, den es dafür erhält, ist etwas niedriger als die Kreditsumme, aber es hat eben liquide Mittel, Geld, um wieder Kredite zu vergeben oder andere Geschäfte zu tätigen. Das Unternehmen, das die Forderung gekauft hat, erhält dann von dem Schuldner anstelle von Unternehmen (1) Zinszahlungen und Tilgungen.

Nun ist es so, dass die Vergabe von Krediten immer das Risiko einschließt, dass einige Kunden das Geld nicht zurückzahlen können. Um das Risiko für den Käufer zu vermindern wurden Kredite unterschiedlichen Ausfallrisikos (unterschiedlicher Risikoklasse) gebündelt. Dies wurde versucht, durch mathematische Modelle zu optimieren.

Die ursprünglichen Kreditgeber Unternehmen (1) verkaufen nun Wertpapiere (ABS), die durch diese „Kreditbündel“ besichert sind. Die Qualität der Sicherheit wird durch Ratingagenturen bewertet. Der Vorteil für den Verkäufer besteht darin, schnell wieder Geld zu haben, der Käufer meint, mit dem eingeräumten Sicherheiten (Grundstücke oder andere Sicherheiten) eine sichere Anlage getätigt zu haben. Wenn also Unternehmen (1) seine Verpflichtung aus dem verkauften ABS-Titel nicht erfüllen kann, also z.B. einen bestimmten Zins nicht zahlen kann, kann Käufer Unternehmen (2) auf die Sicherheit, also die Kredite und damit potenziell auf Grundstücke usw., zurückgreifen und diese selber verwerten – wenn sie denn verwertbar sind! Das ist dann das Problem der Käufer der Papiere. Die ABS stellen hier Anrechte auf die Tilgungen und Zinsen aus den Hypothekendarlehn dar – wenn die SchuldnerInnen zahlen, fließt das Geld also zurück – wenn sie nicht zahlen können, eben nicht; den Kreditgebern bleibt bestenfalls das Grundstück, das ihnen dann zufällt, das sie verkaufen und dann die Käufer der ABS auszahlen können. Das sind dann die „faulen Kredite“.

Bereits hier verschwindet aber auch das Risiko der Einzelkredite aus dem Blick des Betrachters. Die Bündelung und ihre finanzmathematische Fundierung suggerieren Stabilität und Zuverlässigkeit, da sich ja Verlust und Gewinn auf einem gewissen Niveau ausgleichen könnten – was unter bestimmten Bedingungen eine Weile auch funktionieren kann. Diese trügerische Sicherheit macht diese verbrieften Forderungen handelbar und mit jedem Verkauf verselbständigt sich die Bewegung der Wertpapiere mehr und mehr von der Bewegung der ihnen eigentlich zugrunde liegenden Basis, der konkreten Kreditbeziehungen. Die hohen Bewertungen US-amerikanischer Papiere durch Ratingagenturen machten diese zu scheinbar idealen Anlagemöglichkeiten in aller Welt und wurden auch als Sicherheit für die Abwicklung anderer Geschäfte hinterlegt, es wurde also Kredit auf der Grundlage dieser Papiere, die ihrerseits auch nur auf Krediten basieren, geschaffen.

Käufer waren vor allem Fonds (darunter viele Pensionsfonds), also Unternehmen, die Vermögen verwalten, mit dem eingesammelten Geld Wertpapiere kaufen und aus den Zinseinnahmen bzw. dem Gewinn aus dem Handel mit den Wertpapieren Ausschüttungen an die Einleger vornehmen. Die „faulen“ Kredite wandern so durch die Hände verschiedener Eigentümer, die letztlich auf die Rückzahlung der Kredite durch die SchuldnerInnen hoffen. Außerdem versuchen Spekulanten, ausschließlich durch den Kauf und Verkauf der Forderungen Geld zu verdienen – die Risiken sind durch die verschiedenen Formen kaum noch sichtbar.

Letztlich muss aber irgendwann ein solches Papier in Leistungen umgesetzt werden, andernfalls wird die Wertlosigkeit offenbar. Dann wird bei einer entsprechenden Masse der Probleme eine Kettenreaktion ausgelöst. Wenn sich zeigt, dass die Mehrzahl der Kreditnehmer ihre Schulden nicht mehr bezahlen kann erweist sich die Bündelung als Bumerang. Die Besitzer der Papiere bekommen Probleme, ihr laufendes Geschäft zu finanzieren – ihnen wird das Geld knapp, da Zinseinnahmen und die Einnahmen aus den Tilgungen wegfallen. Sie können ihre Verbindlichkeiten bei anderen Geschäftspartnern nicht mehr bezahlen. Damit bricht der Kreditmarkt, wenigstens in bestimmten Segmenten, zusammen.

Soweit eine sehr vereinfachte, aber das Wesentliche erfassende Charakteristik des Hintergrundes der Finanzkrise, soweit es die Verbriefung in ABS im Zusammenhang mit der Hypothekenkrise in den USA betrifft.

Diese Form der Verbriefung ist aber nur eine Spielart der „innovativen Finanzmarktprodukte“. Nach dem hier beschriebenen Schema entstanden weitere ähnlich scheinbar sichere Wertpapiere, die dann in anderen Sektoren des Finanzmarktes zu ähnlichen Problemen führten. (*siehe Folie 30*) Mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im Herbst 2008 hatte dieser Prozess seinen Höhepunkt, keinesfalls aber seinen Endpunkt erreicht.

Die Wirkungen dieser Prozesse reichten aber weit über die Finanzsphäre hinaus.

Die Bauunternehmen, deren Rechnungen nicht mehr beglichen werden können, die Hersteller von Konsumgütern, die der Ausstattung von Häusern dienen sollten – alle sind mit dem Problem konfrontiert, dass sie Einnahmeverluste haben, Investitionen in Erwartung steigender Nachfrage nach Baumaterialien oder Konsumgütern getätigt haben, die jetzt mindestens nicht mehr vollständig refinanzierbar sind. Um die Produktion fortsetzen zu können, müssen sie in höherem Maße Kredite aufnehmen, die Nachfrage nach Kredit steigt. Die kreditgebenden Banken werden aber vorsichtig und misstrauisch, fürchten um die eigene Zahlungsunfähigkeit – sie verringern die Kreditvergabe an Unternehmen, Privatleute und andere Banken. Davon sind wiederum alle Unternehmungen betroffen – auch die, die in ganz anderen Sphären als der ursprünglich betroffenen tätig sind. Maschinenbau, Elektronik, Landwirtschaft, Bergbau – für all diese Bereiche steigt gleichermaßen plötzlich der Aufwand bei der Finanzierung ihrer Investitionen. Unternehmen, die nicht über große Reserven liquider Mittel verfügen, also auf Kredite angewiesen sind, trifft dies besonders hart. Schließlich erfasst die Furcht vor Verlusten auch Wertpapiere, die mit den betroffenen Sektoren nichts zu tun haben – das „Vertrauen der Investoren“ sinkt, sie versuchen ihr Vermögen in sicherer erscheinenden Anlageformen unter zu bringen. Aber die Probleme sind plötzlich überall da.

Das Netz der Kreditbeziehungen riss an vielen Stellen gleichzeitig – das, was Sicherheit bringen sollte, erweist sich als Sprengsatz.

So kann eine an sich banal scheinende Angelegenheit, wie die Zahlungsunfähigkeit von kleinen EigenheimbesitzerInnen eine derartig globale Wirkung entfalten.

Der Zusammenbruch von wesentlichen Teilen des Kreditsystems machte aber dann offensichtlich, dass es nicht nur im Finanzsektor, sondern auch in anderen Sektoren zu einer Überakkumulation von Kapital gekommen war. Offensichtlich wurde dies vor allem in der Automobilindustrie, in der Überkapazitäten von 30-40 Prozent vermutet werden. Der Zusammenbruch von Finanzunternehmen wie auch die Einbrüche auf dem Aktienmarkt überhaupf erfassten zuerst andere Arten der „innovativen Finanzmarktprodukte“ (*Derivate – siehe unten*) und führten schließlich über den Absatzrückgang im Konsumgüterbereich wie auch im Bereich der Investitionsgüter zu Zahlungsschwierigkeiten bzw. zum Bankrott von Unternehmen in anderen Sphären. Dabei ist die Pleite von General Motors sicher das spektakulärste Beispiel.

Beschleunigung von Konzentrations- und Zentralisationsprozessen – was heißt das?

Krisenzeiten sind für Unternehmen günstige Gelegenheiten, um so die eigene Marktposition zu verbessern. Dabei verschwinden Anbieter vom Markt, andere werden durch erfolgreichere aufgekauft.

Da der Ausgangspunkt der Krise im Finanzsektor lag, sehen wir derartige Prozesse natürlich zuerst auch in diesem Sektor:

Das Ausmaß der Krise wird begreifbar, als Ende Mai 2008 die einstmals fünftgrößte Investmentbank Bear Stearns an JP Morgan fällt. Bereits im Juli 2008 verschwand dann der Immobilienfinanzierer IndyMac vom Markt. Am 1.9.08 berichtet Reuters, dass in den USA 10 Prozent der Banken vor dem Zusammenbruch stünden. Diese Tendenz bewahrheitete sich in den nächsten Monaten.

Schon wenige Tage später werden die beiden größten Immobilienfinanzierer der USA Fanny Mae und Freddy Mac nur durch massive staatliche Intervention vor der Insolvenz gerettet. Die Bank of America übernimmt die Investmentbank Merrill Lynch und gerät dann selbst in Schwierigkeiten. Die Citigroup übernimmt ebenfalls im Herbst 2008 die größte US-Sparkasse Wachovia. Im November kämpft der Konzern dann selbst ums Überleben. Die japanische Bank Mitsubishi UFJ steigt bei der US-amerikanischen Morgan Stanley ein und schlägt dabei, nach den Worten der Wirtschaftspresse „äußerst günstige Konditionen heraus“. Ende September 2008 bricht die größte US-Bausparkasse Washington Mutual zusammen und wird von Morgan Stanley übernommen. Das weitreichende Ereignis war jedoch die Pleite von Lehman Brothers am 15./16.09.08. Im August 2009 berichtet der US-Einlagensicherungsfonds, dass im bisherigen Verlaufe des Jahres 72 Banken Pleite gegangen seien – im Jahr 2008 waren es 25. Im Sommer 2009 trifft dies z.B. den Mittelstandsfinanzierer CIT sowie vor allem Kreditinstitute mit regionaler Bedeutung. Im Ergebnis konstatiert man eine „Abnahme der Wettbewerbsintensität“ (Financial Times Deutschland vom 03.08.09). Da z.B. die Zahl der Primärhändler von Staatsanleihen (also Unternehmen, die die Staatsanleihen auf Auktionen vom Staat erwerben und dann weiterverkaufen) in den letzten Jahren von 31 auf 18 gesunken sei, könnten diese natürlich nicht nur mehr umsetzen, sondern auch höhere Preise für ihre Leistungen durchsetzen. Analog gilt dies generell für den Wertpapier- und Kreditmarkt.

Diese Tendenz war natürlich nicht auf die USA beschränkt.

Im Juli 2008 ging eine große spanische Immobilien-Gesellschaft, Martinsa Fadesa, in Konkurs. Im November 2008 fusionieren zwei brasilianische Banken (Itau und Unibanco) zur größten südamerikanischen Bank. Die Commerzbank kann wegen der Krise die Dresdner Bank zu einem günstigeren Preis als geplant vom Allianz-Konzern kaufen.

Sieger dieser Konzentrations- und Zentralisationsprozesse sind bisher Unternehmen wie Goldman Sachs, JP Morgan, Credit Suisse und Deutsche Bank.

Im Automobilssektor ist als unmittelbare Krisenfolge der Kauf von Chrysler durch Fiat zu nennen. In Deutschland wurde der Kampf zwischen Porsche und VW sowie zwischen Schaeffler und Conti durch den Krisenverlauf wesentlich beeinflusst.

Im Handel ist die Zerschlagung des Konzerns Arcandor (Karstadt) und seine Zerlegung im Interesse der verbleibenden Konkurrenten, vor allem Metro, ein solches Beispiel. Ein anderes ist die Pleite des Modekonzerns Escada im Sommer 2009.

Im Reederei-Geschäft wird ebenfalls vor dem Hintergrund einer langdauernden Flaute des internationalen Handels erwartet, dass es zu einer Reihe von Konkursen und Fusionen kommen wird. Mitte Juli 2009 berichtete die Financial Times Deutschland, dass die Reeder versuchen, ähnlich einer Bad Bank ein Unternehmen zu schaffen, in dem die überflüssigen Schiffe verwaltet und die Verluste auf alle Reedereien aufgeteilt werden.

Wir beobachten also in der Krise, dass Kapital wertlos, vernichtet wird. Unternehmen verschwinden vom Markt und damit verfallen auch die Anteile der EigentümerInnen und verringern sich die Produktionskapazitäten. Das überakkumulierte Kapital in allen Sphären der Wirtschaft wird vernichtet. Gleichzeitig sehen wir, dass die verbleibenden Unternehmen ihre Macht durch die Übernahme von Konkurrenten, durch Zentralisation von Kapital, erhöhen.

In Deutschland schlägt sich dies (noch?) nicht in einer spektakulären Zunahme der Insolvenzen nieder, auch wenn deren Zahl im Mai 2009 im verarbeitenden Gewerbe mit 259 um knapp 42 Prozent über der Zahl im Mai 2008 (183) lag. (Statistisches Bundesamt Fachserie 2 Reihe 4.1. vom 07.08.09)

Demgegenüber konstatiert Creditreform schon im Jahr 2008 eine krisenbedingte Steigerung der Pleiten in anderen Ländern: In Irland stieg die Zahl der Insolvenzfälle 2008 zu 2007 um 120,8 Prozent, in Spanien um 138,6 Prozent, in Frankreich und Großbritannien um jeweils 15,4 Prozent. (mehr unter

http://www.creditreform.at/home/aktuelles/crefoaktuell/Insolvenzstatistik_Europa_2008.pdf)

Verlauf der aktuellen Krise II

- Staatsbankrott in einer Reihe von Staaten
- Rettungspakete und Steuermindereinnahmen belasten die Staatsfinanzen
- USA reagieren mit einer exorbitanten Ausweitung der Staatsverschuldung
- Krise erfasst China
- Gefahr von Währungszusammenbrüchen und Inflation wächst

27

Folie 27

Um den Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern, intervenieren die Staaten in unterschiedlicher Weise. (*dazu und zu den widersprüchlichen Folgen der Interventionen weiter unter Folie 49ff.*) Im Herbst 2008/Winter 2009 werden so verschiedene

Konjunkturprogramme, auch im Rahmen der EU, bzw. Finanzhilfen für wirtschaftlich schwache Staaten (IWF und Weltbank) in Gang gesetzt.

Um diese Programme zu realisieren, müssen die Staaten zusätzliches Geld haben, da die Steuereinnahmen und sonstigen Einnahmen nicht ausreichen. Dieses Geld beschaffen sie sich durch die Ausgabe von Staatsanleihen.

Staatsanleihen

... sind Wertpapiere, die durch den Staat an InvestorInnen verkauft werden, um Ausgaben des Staates zu bestreiten. Der Staat garantiert dem Investor einen festen Zinssatz. Staatsanleihen gehören daher zu den festverzinslichen Wertpapieren. Die Rückzahlungen an die InvestorInnen wie natürlich auch die Zinszahlungen müssen aus den laufenden Einnahmen des Staates bezahlt werden.

Auf der einen Seite sind die ökonomisch starken Länder in der Lage, solche Anleihen zu realisieren, weil die KäuferInnen darauf vertrauen, dass sie ihr Geld tatsächlich nebst Zinsen zurückerhalten. Bei allen Problemen sind Länder wie die USA, Frankreich oder Deutschland immer noch wirtschaftlich stark genug, um bisher auch die Berechtigung dieses Vertrauens zu bestätigen. Auf der anderen Seite bedeutet diese Verschuldung, dass die Investoren ein Recht auf künftige Einnahmen des Staates haben, die letztlich von den SteuerzahlerInnen aufgebracht werden müssen.

Derzeit ist das Geschäft mit Staatsanleihen eine, wenn nicht sogar die entscheidende Quelle für die Profite einer Reihe von Großbanken, wie etwa Goldman Sachs, JP Morgan oder auch der Deutschen Bank. Das gute Geschäftsergebnis von Goldman Sachs (das Unternehmen wies einen Nettogewinn von 3,4 Mrd. \$ im zweiten Quartal 2009 aus) resultierte zum größten Teil aus diesen Geschäften.

Eine Reihe Staaten ohne diese starke wirtschaftliche Basis geriet aber im Verlaufe der Krise bereits in Zahlungsprobleme, so dass ihr Bankrott befürchtet werden musste.

Warum können Krisen in den Bankrott von Staaten führen?

Wenn die aus den verschiedenen Zahlungsverpflichtungen (z.B. laufende Ausgaben des Staatshaushaltes, Rückzahlung von Staatsanleihen, von Krediten des IWF oder der Weltbank) resultierenden Ausgaben die Einnahmen des Staates (vor allem aus Steuern und neuen Krediten) übersteigen und keine zusätzlichen Kredite aufgenommen werden können, wird ein Staat, wie auch ein Unternehmen oder eine Privatperson, zahlungsunfähig.

Diese Situation trat im Herbst 2008 zuerst in Ungarn, dann auch in Lettland ein. Hintergrund dieser Entwicklungen war, dass (wie übrigens auch in den anderen baltischen Staaten und die Ukraine) das Wachstum der Wirtschaft vor allem auf Investitionen ausländischer Unternehmen und auf Krediten ausländischer Banken an die VerbraucherInnen basierte. Die Erträge wurden entsprechend in das Ausland transferiert. Produktionskapazitäten wurden vor allem als Zulieferer für ausländische Unternehmen aufgebaut. Mit Beginn der Krise zogen sich viele Investoren aus diesen Ländern zurück. Die Einnahmen des Staates sanken. Das wachsende Haushaltsdefizit wurde zu einer Gefahr für die Stabilität der Währung, da befürchtet wurde, dass die Regierungen beginnen, ihre Schulden durch den Druck neuer Geldscheine zu bezahlen. Außerdem begann ein Entwertungsprozess der Währung, weil relativ zur sinkenden wirtschaftlichen Aktivität zu viel Geld im Umlauf war. Da aber viele Kredite von VerbraucherInnen und Unternehmen in Fremdwährungen, also Euro, Schweizer Franken usw. aufgenommen worden waren, mussten diese nun mehr Geld in einheimischer Währung für die Bedienung ihrer Schulden aufbringen, was bei wachsender Arbeitslosigkeit,

sinkenden Löhnen bzw. im Falle der Unternehmen sinkendem Absatz für viele unmöglich wurde. Dies wurde dadurch verschärft, dass das Wachstum nicht auf einer stabilen eigenen Wirtschaft beruhte, sondern in erheblichem Maße auf Leistungen des Dienstleistungssektors, vor allem des Tourismus. Die aufgenommenen Kredite können nun nicht zurückgezahlt werden – weder durch die VerbraucherInnen, noch durch den Staat oder die Unternehmen. Weitere Staatsanleihen finden wegen des fehlenden ökonomischen Potenzials dieser Länder keine Käufer.

An dieser Stelle griffen dann die EU, einzelne ihrer Mitgliedsstaaten und internationale Organisationen (z.B. der IWF) ein und gewährten Kredite, die allerdings mit strengen Auflagen zur Sanierung der Staatsfinanzen verbunden sind.

Zu den konkreten aktuellen Entwicklungen auch in anderen Teilen der Welt sollte man vor dem Seminar aktuelle Veröffentlichungen etwa von WEED konsultieren.

<http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org>

Das Resultat im 2. Halbjahr 2008

- Globale Krise, die einschließt
 - Alle Regionen der Welt
 - Staat und Staatsfinanzen
 - Öffentliche Unternehmen/öffentliche Banken
 - Unternehmen in fast allen Sektoren
 - Bereiche der sozialen Sicherung
 - Beschäftigungskrise
 - Kommunen

Rosa-Luxemburg-Stiftung April 2009

28

Folie 28

Offen bei allen diesen Stützungsmaßnahmen ist aber, wie sie letztendlich bezahlt werden sollen. Dies wird eine entscheidende Frage der politischen Auseinandersetzungen in den nächsten Monaten und Jahren sein.

Jede Krise ist (auch) ein historisches Unikat

Die Krise bricht zuerst im Konsumgüterbereich, genauer im Wohnungsbau in den USA aus und so wird die Überakkumulation in vielen anderen Bereichen und in anderen Regionen der Welt sichtbar. Beim Ausbruch der Krise zeigt sich, dass das Finanzsystem und die Kreditbeziehungen insgesamt wesentlich auf Subprime-Krediten, also auf einer rein spekulativen Basis, beruhen.

Die Reichweite der Konsequenzen der Verbriefungspraxis in einem Sektor (ein Teil der Konsumentenkredite) bis in die Weltwirtschaft macht die historische Besonderheit dieser Krise aus.

Über den weiter oben beschriebenen Prozess der Kreditschöpfung (*siehe Stichwort „expansive Kreditpolitik“ im Abschnitt zu Folie 20-25*) bedeutete der Zusammenbruch der

Subprime-Kredite Verlust der Basis für andere Kredite. Da die Zuverlässigkeit der Basis aber durch scheinbar unabhängige Ratingagenturen bestätigt schien, hatten Finanzunternehmen in anderen Teilen der Welt keine Probleme, sich an dieser Art Geschäft zu beteiligen. Die ökonomisch offensichtliche Fragwürdigkeit der beschriebenen Praktiken wurde auch aus ideologischen Gründen und unter dem Druck der internationalen Konkurrenz der Finanzunternehmen ignoriert.

Warum diese tiefe Wirkung der Subprime-Krise?

- Der Handel mit Subprime-Krediten bildete das Rückgrat der Aktivitäten der Investmentbanken
- Die Papiere waren Grundlage von Krediten in andere Bereiche der Wirtschaft
- Die Zahlungsunfähigkeit der kleinen Sparer führt zu Einbrüchen im Konsum, in den Unternehmen der Baubranche und ihren Zulieferern

29

Folie 29

Es ist weiter eine Krise, die eng mit einer bestimmten Lebensweise verbunden ist – das eigene Haus und das eigene Auto als unbedingtes Muss, als Zeichen von Erfolg und auch als Symbol der Nachhaltigkeit des neoliberalen Gesellschaftsbildes. Die beschriebene Art von Finanzgeschäften wurde erst möglich mit der Deregulierung der Finanzmärkte im Namen wirtschaftlicher Freiheit und unendlichen Wachstums.

Das bedeutet keinesfalls, dass die USA allein „Schuld“ an der Krise seien – hier lag nur der Auslöser. Die globalen Wirkungen der Krise resultieren daraus, dass die Deregulierung der Finanzmärkte genauso in anderen Regionen realisiert wurde, dass die unendlich Ausdehnung des Kredits durch „innovative Finanzmarktprodukte“ auch etwa in Deutschland als Mittel der Verwertung von Geldkapital akzeptiert und genutzt wurde. Die Besonderheit in den USA mag darin liegen, mit welcher Hemmungslosigkeit riskante Geschäfte realisiert wurden, es gibt aber keinen qualitativen Unterschied in der Verantwortung für diese Krise zwischen den USA und der EU.

Allein aus den Subprime-Krediten und der auf ihnen basierenden Verbriefungspraxis ist die Finanzkrise aber nicht zu erklären.

Wie bereits erwähnt sind die ABS nur eine Form sog. „innovativer Finanzmarktprodukte“. Sie alle beruhen auf dem Versuch, durch die Abkopplung der Einnahmen von den unmittelbaren Bewegungen von Krediten bzw. Wertpapieren sicherere und höhere Renditen zu erreichen. Einzelne Aktien oder eben die Zuverlässigkeit der Rückzahlung von Krediten ist von den Veränderungen in Produktion und Handel abhängig – also von konkreten Veränderungen in Industrie, Dienstleistungs- und Agrarwirtschaft (sog. Realökonomie). Gleichzeitig beeinflussen in verschiedenen Branchen Ereignisse, wie etwa das Wetter, die wirtschaftlichen

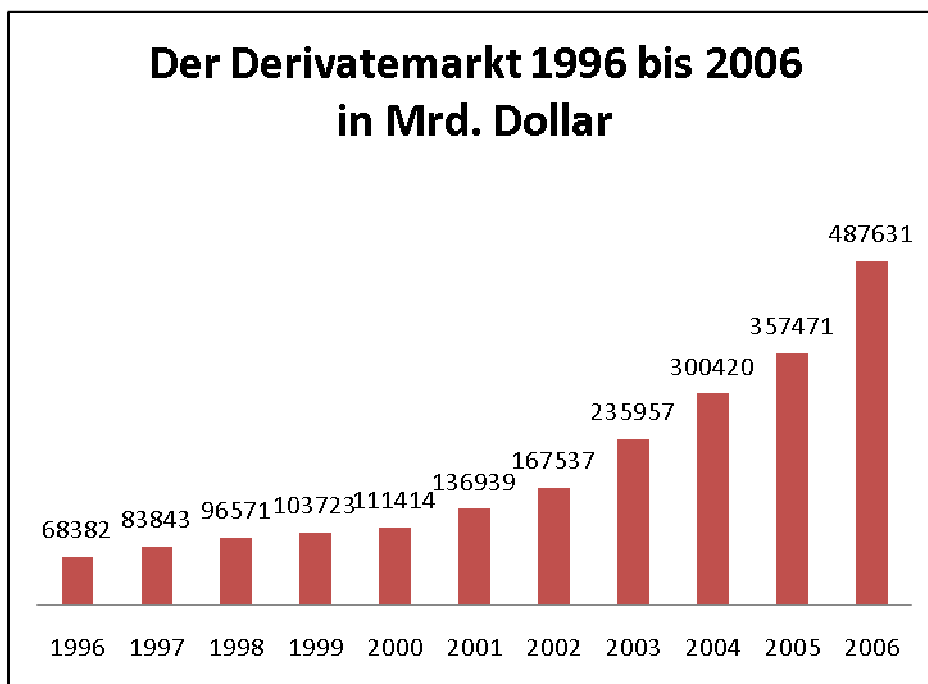
Ergebnisse. Es ist ein verständlicher Traum eines jeden Investors, von derartigen Risiken schwankender Erträge unabhängig zu sein.

Ein Sammelbegriff für Produkte, die die Möglichkeit konstant hoher Erträge aus Kapitalbesitz gewährleisten sollen, sind die *DERIVATE*. Der Name charakterisiert sie als „Abkömmlinge“, als Wertpapiere, deren Verwertung von der Bewegung anderer Wertpapiere, von Krediten oder sonstigen Ereignissen (z.B. dem Wetter), mit denen sie nicht ursächlich verbunden sind, abhängt. Ich kaufe also ein Derivat und erhalte damit das Recht, beim Eintreten eines bestimmten Ereignisses eine Zahlung zu erhalten. Es existiert zwar eine entsprechende Definition auf internationaler Ebene, insgesamt bleibt das Feld der konkreten Produkte aber unübersichtlich. Daher bemüht sich die Lobby um Aufklärung und bietet selbst Schulungen an. (<http://www.deutscher-derivate-verband.de>)

Grafik 1 zeigt den Umfang des Marktes für diese Produkte: Es ging 2006 um fast 500 Billionen Dollar!

Während in den Darstellungen der Nutzen für den Anleger immer wieder betont wird, bleibt die Frage, worin eigentlich das Geschäft des Ausgebenden besteht, meist unklar. Wertpapiere werden ja nicht geschaffen, damit nur deren Käufer ein Geschäft machen. Derivate wie alle anderen Wertpapiere dienen der Finanzierung konkreter Geschäfte. Letztendlich stehen also hinter diesen Produkten mehr oder weniger komplizierte Vertragskonstruktionen, die das Geld der InvestorInnen in Bereich leiten, die meist mit dem eigentlichen Gegenstand des Derivates (also etwa der Bewegung von Aktien- oder Währungskursen oder auch der Wetterentwicklung) nichts zu tun haben müssen.

Eine sehr gute Übersicht über den Derivatemarkt gibt der Financial Times Deutschland unter http://www.ftd.de/boersen_maerkte/derivate/457689.pdf - die Übersicht sollte als Plakat vorbereitet werden (eine Darstellung über Beamer ist wegen des Formats nicht sinnvoll!)



Grafik 1

Betrachten wir den Mechanismus auch hier an einem sehr vereinfachten Beispiel.

Ich benötige Geld und vermute genau zu wissen, wie sich der Kurs bestimmter Aktien in nächster Zeit entwickeln wird. Ich sage AnlegerInnen, dass ich dieses Wissen nutzen will, um ihr Geld zu vermehren. Aus welchen Gründen auch immer glauben sie das und geben mir ihr Geld. Ich sage ihnen zu, beim Eintreten einer bestimmten Kursentwicklung der Aktien dieses Geld mit einer hohen Verzinsung zurückzuzahlen. Dafür erhebe ich erstens eine Gebühr. Zweitens nutze ich das Geld, um es in Geschäften anzulegen, die sicher zu sein scheinen – die können etwas mit dem den AnlegerInnen präsentierten Versprechen zu tun haben, müssen sie aber nicht. Bis zum Fälligkeitsdatum habe ich einen billigen Kredit, mit dem ich relativ frei wirtschaften kann. Ich muss bloß sichern, dass ich beim Eintreten des Ereignisses auch zahlungsfähig bin. Ich werde also die Investitionen, die ich mit dem eingenommenen Geld tätigen will, auch unter dem Gesichtspunkt einer immer höheren Rendite betreiben müssen. Ich kann natürlich diese Geschäfte auch durch andere Derivate versichern lassen ... Der innere Mechanismus der Derivate treibt so die Spekulation.

Diese Eigenart der Produkte fordert geradezu Betrug heraus. Die bei den AnlegerInnen produzierte Illusion unendlicher Geldvermehrung praktisch aus dem Nichts trägt dazu bei, dass einzelne Finanzinvestoren relativ ungestört „Schneeballsysteme“ installieren können, die sich letztlich als Milliardengrab erweisen. Dabei findet dann die behauptete Investition gar nicht mehr statt. Vielmehr bezahlt der Initiator des Geschäftes die Zahlungen an die alten AnlegerInnen aus den Einzahlungen neuer AnlegerInnen. So hat der Finanzmakler Madoff, ehemaliger Chef der NASDAQ-Börse, Anleger um wahrscheinlich 50 Mrd. Dollar gebracht. Das System flog Ende des Jahres 2008 auf. Im Januar 2009 wurde ein weiterer derartiger Betrug offenbar - Richard Allen Stanford soll seine Anleger um 8 Mrd. Dollar betrogen haben. Seit dem werden immer wieder ähnliche Fälle bekannt.

„Innovative Finanzmarktprodukte“

- Ziel ihrer Einführung war, Risiko zu verringern und höhere Rendite zu erreichen – Spekulation mit der Spekulation
 - Bündelung von Krediten unterschiedlichen Risikos - Verbriefung
 - Anrechte auf die Erträge von Geschäften mit Wertpapieren in Abhängigkeit von bestimmten Ereignissen, wie etwa dem Kursverlauf („Anleger wetten auf ...) - Derivate
- Großinvestoren wie auch KleinanlegerInnen werden mit dem Versprechen von Sicherheit und/oder hoher Zinsen geködert

Rosa-Luxemburg-Stiftung April 2009

30

Folie 30

Das scheinbare „Wunder“ wird durch den „Hebel“ (leverage) vollbracht - daher auch die Bezeichnung „Hebelprodukte“ für einen Teil der Derivate. Letztlich aber funktionieren alle Derivate bzw. „innovativen Finanzmarktprodukte“ auf dieser Basis.

Wenn das Derivat funktioniert, muss der Emittent weniger Zinsen an die Anleger zahlen, als er aus der Verwertung des ihm übergebenen Geldes selber an Gewinn erhält. Es geht immer darum, dass sich, warum auch immer, das Eigenkapital (also das Kapital, das der Emittent einsetzt) besser verzinst, als die Verpflichtungen aus der Aufnahme von Fremdkapital belasten. Fremdkapital ist dabei das Kapital der AnlegerInnen. Das Fremdkapital kann bedient werden (den AnlegerInnen können Zinsen gezahlt werden) – und es bleibt immer noch ein Überschuss. Um das zu sichern, wird in diesem Bereich mit komplexen mathematischen Modellen gearbeitet, mit deren Hilfe versucht wird, aus vergangenen Entwicklungen zukünftige Entwicklungstrends abzuleiten.

Die innovativen Finanzmarktprodukte waren und sind also gewissermaßen das Medium, die Träger der Krise.

Der „Hebel“ (leverage)

Mit relativ wenig Geld viel Geld verdienen:

- Selbstbeschleunigung der Spekulation – einer der Auslöser der US-amerikanischen Bankenkrise der 30'er
- Lösung der Rendite von der realen Entwicklung der Wirtschaft
- Renditeerwartungen aus der Finanzwirtschaft wird in alle anderen Zweige der Wirtschaft übertragen

Rosa-Luxemburg-Stiftung April 2009

31

Folie 31

Das funktioniert auch, weil eben oft für Geschäfte mit Wertpapieren nie sofort der gesamte Preis fällig wird. Der eigentliche Käufer setzt wenig Eigenkapital ein, kauft auch vielleicht mit Hilfe eines billigen Kredites bestimmte Wertpapiere und gewinnt so, wenn der Kurs des Wertpapiers gestiegen ist. Er kann nach dem Verkauf die Zinsen zahlen und trotzdem noch einen Gewinn einfahren – das Eigenkapital hat sich höher verzinst als die Zinsverpflichtungen gegenüber dem Kreditgeber betragen.

Es muss angemerkt werden, dass diese Praxis schon einer der Auslöser der Weltwirtschaftskrise 1929ff. war. Diese Praxis wurde dazumal im Rahmen von Investmenttrusts praktiziert.

Eine zeitgenössische Quelle beschreibt die Aktivitäten dieser Unternehmen so:

Ein Finanzunternehmen wird von Geldbesitzern bzw. einer Bank gegründet. Sie zahlen allerdings nur einen Teil des eigentlich erforderlichen Kapitals ein. Das Unternehmen legt deren Geld in konservativen Wertpapieren an. Außerdem gibt es eigene Aktien aus, die bereits mit Gewinn verkauft werden. Bei den Gründern verbleiben relativ wenige Aktien, die aber die entscheidenden Stimmrechte verkörpern. Kommt es zur Zahlung der Dividende, so hatte ein Gründeraktionär weniger für seine Aktie bezahlt als ein Anleger – erhält aber die

gleiche Dividende. Die Verzinsung dieser Papiere liegt dadurch, dass ja nicht das gesamte Stammkapital einbezahlt wurde, aus der Sicht der Gründer höher als die Verzinsung der von den Anlegern erworbenen Aktien. Diese Unternehmen gründen nun ihrerseits weitere Unternehmen nach diesem Muster, wodurch die AnlegerInnen zweiter Ordnung selber wieder zu ProfiteurInnen des Systems werden.

Gründer der Investmenttrusts waren oft Banken, die mit ihren Krediten die Finanzierung der Gründung absicherten und so Gründergewinn und Hebeleffekt einstrichen. Die von den Investmenttrusts in beschriebener Weise gegründeten Unternehmen entsprechen dem, was heute Zweckgesellschaft genannt wird. Beim Zusammenbruch des Konstruktes brachen natürlich dann auch die sonstigen Geschäfte der Bank zusammen – und genau das passierte in der Weltwirtschaftskrise 1929ff.

(vgl. Bruppacher, R.: Investment Trusts, Zürich 1933, S. 171ff.)

Diese Zusammenbrüche im Finanzsektor waren ein Grund, warum im Zuge des New Deal in den USA 1933 Banken derartige Geschäfte verboten wurden (Glass-Steagall Act)– erst zum 1999 wurde die Trennung von Geschäftsbank- und Investmentbankgeschäft unter Clinton aufgehoben. Dies wurde zu einem der Auslöser der Finanzkrise.

In den Bundestag wurde im März 2009 dazu eine Petition eingebracht:

<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=3145>

Geschäftsbank

ist im Kreditgeschäft aktiv

Investmentbank

ist im Wertpapiergeschäft aktiv

Gründergewinn

entsteht durch die Differenz zwischen dem Nennwert einer Aktie und ihrem Verkaufspreis bei Gründung einer Aktiengesellschaft. Die Gründer verkaufen die Aktien nicht zum Nennwert, sondern zu dem Preis, den sie zum Gründungszeitpunkt erreichen können. Dieser Preis hat nichts mit dem im Unternehmen angelegten Kapital zu tun, sondern eben mit der Profiterwartung der Käufer. So erreichen die Gründer bereits vor der eigentlichen Aufnahme des Geschäftes einen Gewinn.

Übrigens gilt dieses leverage-Prinzip auch für die KäuferInnen – auch sie profitieren von diesem Prinzip.

Ein Beispiel. AnlegerIn kauft von einem Emittenten das Recht, eine bestimmte Aktie zu einem bestimmten Zeitpunkt zu einem bestimmten Preis zu erwerben. Liegt dieser vereinbarte Preis unter dem dann aktuellen Kurs, so erhält er also diese Aktien billiger, als der Rest der KäuferInnenschaft, die die Aktie zum entsprechenden Tageskurs kaufen müssten. Das von AnlegerIn eingesetzte Kapital, der Kaufpreis der Option, verwertet sich günstiger als das vom Emittenten zum Kauf der Aktien eingesetzte Kapital.

Diese Kaufoptionen sind nun selbst handelbar. Sie haben einen eigenen Preis, der wiederum von der Erwartung der Kursentwicklung für die entsprechende Aktie abhängt. Bei günstigem Verlauf der Entwicklung kann der Käufer also schnell wieder an Geld kommen, während der zweite Käufer eben das Risiko trägt, ob sich die entsprechende Aktie wirklich so wie er es erwartet in ihrem Kurs entwickelt.

Wie dieser „Hebel“ realisiert wird, hängt von der Art des Geschäftes ab. Wichtig ist nur folgendes:

Es handelt sich auch bei den „innovativen Finanzmarktprodukten“ letztlich immer um Wertpapiere, die zu ihrer Realisierung der Erwirtschaftung von überdurchschnittlichem Mehrwert in anderen Bereichen erfordern – es ist Konkurrenz um die Verteilung von Mehrwert. Die dort erreichten Renditen, die letztlich nichts mit der Effektivität der Produktion gesellschaftlichen Reichtums zu tun haben, müssen aber in der Produktion erwirtschaftet werden. Gleichzeitig werden diese Renditen aber zum Maßstab auch der Anlage von Kapital im Produktions- und Dienstleistungssektor. So produziert der Finanzsektor einen Druck auf Rationalisierung, auf die Erhöhung der Arbeitsintensität und auf die Reduzierung des Anteils der Löhne in ALLEN Unternehmen. Politisch setzt sich dies in Forderungen nach Abbau der Rechte der Beschäftigten, nach Steuersenkungen und Senkungen der Sozialbeiträge um.

Als Beispiel hier die aggressive Werbung für ein weiteres Derivat:

CFD – Contract for difference

Schnelle Gewinne mit CFD-Trading
CFD – BRIEF
Unser Depot ist auch mit Optionscheinen nachhandelbar!

+60.265 Euro (GEWINN seit 2005 (!)) (Beweis unten)

**"Holen Sie sich jetzt Ihre Aktien-Verluste zurück...
...dann mit CFDs gewinnen Sie auch bei fallenden Kursen!"**

Die "CFD-Zauberformeln":

1. Steigende Kurse = Gewinne für SIE
2. Fallende Kurse = Gewinne für MIE

Hätten Sie Mitte August 2007 ein Short-CFD (Short: Sie setzen auf fallende Kurse) auf den DAX gekauft, dann hätten Sie Dank des 100-fachen Hebels nach nur 4 Wochen ein Gewinn von 1.031% erzielt. Der DAX selbst verlor dagegen in dieser Zeit 10%. Sehen Sie selbst.

Quelle: www.cfd-brief.de

Lieber Börsen-Freund,
haben auch Sie mit Aktien in der letzten Zeit viel Geld verloren?
...oder sind Ihre Fonds massiv in die Verlustzone gerutscht?
Kein Grund zur Panik und absolut kein Grund, sich von der Börse zurückzuziehen!

Clemens Steinischke

Folie 32

... und hier wieder der Hebel

✓ Schnelle Gewinne durch Hebelwirkung (bis zu 100-facher Hebel)

CFDs bieten Ihnen die Möglichkeit, mit geringem Kapital-Einsatz zu traden. Man benötigt i. d. R. nur 5% des Kurswertes einer Aktie (i. d. R. 1% bei Indizes) als Kapitalhinterlegung. Diese Sicherheit wird auch "Margin" genannt. Entsprechend großer (nämlich 1 zu 20 bei Aktien und 1 zu 100 bei Indizes) ist auch der mögliche Gewinnhebel (also die Relation aus eingesetztem Kapital zu möglichem Gewinn).

"Kurz gesagt genügen 1000 EUR, um mit 100.000 EUR zu handeln!"

Quelle: www.cfd-Brief.de

Folie 33

Als Frage ist festzuhalten, ob tatsächlich mehr Kontrolle ausreicht, um derartige Entwicklungen zu verhindern. Darauf wird später einzugehen sein.
Hier nur soviel:

Die Konkurrenz auf den Märkten erzeugt eine Selbstverständlichkeit von spekulativen Prozessen, da diese schnell und scheinbar sicher Geld bringen – in dieser Grundhaltung können sich der Spekulant und der seriöse Unternehmer bei Strafe des Untergangs nicht unterscheiden. Das Hinübergleiten „seriöser“ Geschäftstätigkeit in Spekulation geht unmerklich vor sich – was heute noch ordentliches Geschäft war, kann sich morgen als Spekulation erweisen.

Warum machen so viele mit?

- Abbau des sozialen Sicherungsniveaus zwingt zur Suche nach Alternativen
- Profitrate wird künstlich nach oben getrieben – Erwirtschaftungsansprüche steigen – Konkurrenz um das Geld der AnlegerInnen
- Kultur, Ideologie und Marketing

Rosa-Luxemburg-Stiftung April 2009

34

Folie 34

Es geht dabei um zwei Fragen – um eine ökonomische und um eine kulturelle.

Auch hier betrachten wir nur einen einfachen Fall, der die wirkenden Mechanismen kurz illustrieren soll.

Wie schon weiter oben beschrieben erwarten alle Kapitalbesitzer, dass sich ihr Kapital mindestens durchschnittlich verwertet, sich also zu einem bestimmten Prozentsatz verzinst. Warum sollten AnlegerInnen ihr Geld als Kapital an einer Stelle investieren, an der es nur 3 Prozent Zinsen gibt, wenn woanders 10 Prozent zu haben sind? Kapitalbesitzer versuchen, *wenigstens* diese Durchschnittsprofitrate immer zu realisieren, sind aber bestrebt, durchaus mehr als diese zu erlangen. Das Kapital wandert in diesem Falle mehr oder weniger schnell in die Sphären der Wirtschaft bzw. zu den Unternehmen ab, die eine dauerhaft höhere Rendite versprechen. Wenn es in einigen Bereichen bzw. Unternehmen gelingt, höhere Rendite zu erwirtschaften, steigt aber naturgemäß der Durchschnitt, wodurch sich die Erwartungen eben aller KapitalbesitzerInnen (und auch der SparerInnen) an die Verzinsung ihrer eingezahlten Gelder erhöhen. Auch diejenigen KapitalbesitzerInnen, die in den weniger gut dastehenden Bereichen und Unternehmen investiert haben, werden jetzt nach Wegen suchen, die Profitabilität des eigenen Unternehmens zu steigern. Das tun sie nicht nur, weil sie auch mehr Geld einstreichen wollen, sondern auch deshalb, weil eine geringere Profitabilität ihre Möglichkeiten von Investitionen gegenüber den Konkurrenten beschränkt und weil aus der Sicht der kreditgebenden Banken dieser Sachverhalt als ökonomische Schwäche ausgelegt wird. Die Unternehmen erhalten dann schwerer Kredit und/oder müssen für diese Kredite

höhere Zinsen zahlen – das schwächt ihre Position im Konkurrenzkampf tatsächlich. Der hier beschriebene Mechanismus ist im Kapitalismus völlig normal.

Wie diese Renditeerwartungen entstehen, ist wie bereits gesagt gleichgültig. Wenn „innovative Finanzprodukte“ 130 Prozent Rendite abwerfen, erhöht das eben durch die Wanderung von Kapital den Druck auch auf Unternehmen, die z.B. Haushaltswaren produzieren, auch wenn diese Renditeerwartungen bei nüchterner Betrachtung widersinnig zu sein scheinen. Um diese Renditeerwartung zu realisieren, wächst unter AnlegerInnen (oft auch den kleinen) die Akzeptanz aller Praktiken, die das erlauben – von Privatisierung, Sozialabbau und Lohnkürzungen bis hin zur Akzeptanz auch noch so fragwürdiger Finanzkonstrukte. Wer nicht mitmacht, ist nicht mehr kreditwürdig und kann nicht modernisieren oder die Produktion erweitern, er unterliegt in der Konkurrenz. Dieser, der Art kapitalistischen Wirtschaftens eigene Mechanismus führt letztlich auch dazu, dass sich zwischen den KapitalbesitzerInnen bei aller Konkurrenz auch ein gemeinsames Interesse bildet, das gegen das der Lohnabhängigen gerichtet ist. Marx spricht deshalb auch davon, dass die Kapitalisten in der Durchschnittsprofitrate zum Bewusstsein ihrer Gemeinsamkeit kommen.

Ein Problem besteht vor diesem Hintergrund darin, dass die Privatisierung sozialer Sicherungssysteme viele Menschen zwingt, „mitzumachen. Der Abschluss von Versicherungen, Institutionen wie die Riester-Rente, aber auch einfache Spareinlagen sind Teil dieses Mechanismus.

Allerdings spielen außer dem ökonomischen Gesichtspunkt auch **kulturelle Faktoren** eine Rolle. Vom Tag des Wirtschaftsjournalismus 2009 wird Kerstin Kohlenberg, stellvertretende Ressortleiterin Dossier bei der „Zeit“, mit einer Betrachtung dazu folgendermaßen wiedergegeben:

„Das Problem sei, dass Warner in Wachstumsphasen wie Spielverderber klängen - und niemand wolle ein Spielverderber sein. „Wenn alle das Falsche machen, dann wird das Falsche naturgegeben“, so Kohlenberg: „Es gehört zum Kapitalismus, niemand hätte es anders machen können.“ Wenn sich aber einer gegen eine Massenmeinung stelle und scheitere, dann sei er der einzige, der abstürzt. „Das ist schwerer zu ertragen“, stellte Kohlenberg fest. Obwohl ihr Ende 2007 und Anfang 2008 bei den Recherchen viele Fachleute gesagt hätten, dass die Krise noch längst nicht am Ende sei, habe sie wohl aus diesen Gründen auch ihre Papiere behalten: „Nur nicht zu früh aussteigen.““

(http://www.tagdeswirtschaftsjournalismus.de/index.php?option=com_content&task=view&id=33&Itemid=103#5)

Wirtschaftskrisen sind Zeit kultureller Auseinandersetzung

Oft wird versucht, diese kulturelle Dimension gegenüber den ökonomischen Hintergründen hervorzuheben und letztere überhaupt unberücksichtigt zu lassen.

Dieses Gewicht des Kulturellen bei der Bekämpfung der Krisenfolgen sollte Anlass sein, auch die Kultur des Kampfes gegen die Krise bzw. gegen die Krisenfolgen viel stärker als politische Aufgabe zu begreifen. (*dazu mehr unter Folie 58ff.*)

Hinweis

Für die Darstellung der Verflechtungen von wirtschaftlichen Interessen und persönlichem Handeln in der Grauzone von „normalem“ Wirtschaften und Spekulation gibt es eine Unzahl von Quellen, die die damit verbundenen Skandale analysieren.

Für die Illustration ist z.B. der im Enron-Skandal Anfang der 2000er (Chronik unter: <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,178836,00.html>). Enron war ein Rohstoffkonzern (vor allem Erdgas) der durch Bilanzfälschungen und andere Methoden seine tatsächliche wirtschaftliche Lage verschleierte. In der angeführten Dokumentation wird deutlich, wie auch weitere Unternehmen, so Banken und Wirtschaftsprüfer wie auch die Politik in die Geschäfte involviert waren (siehe auch <http://de.wikipedia.org/wiki/Enron>) An dieser Stelle können Szenen des Films „Enron – The smartest guys in town“ oder von „The Corporation“ eingesetzt werden. In beiden Filmen wird der in den Unternehmen selbst wirkende Mechanismus der Einbeziehung der Angestellten in derartige Praktiken dokumentarisch dargestellt.